

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 22.02.2012**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:03 Uhr bis 18:38 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme bis 17:20 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme für Herrn Bönisch von 17:20 Uhr bis 18:07 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Teilnahme für Herrn Lange bis 17:22 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 16:08 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	Teilnahme bis 17:42 Uhr
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	Teilnahme für Herrn Willecke
Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	stellv. Protokollführerin	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Thomas Willecke	Verwaltung

### **Gäste:**

Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Martin Heinz	Verwaltung
Herr Mirko Wagner	Verwaltung

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 29. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 5.1 Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin  
Vorlage: V/2011/10336  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 5.2 Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2010/09265  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

TOP 5.2.1 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09828  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

TOP 5.2.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)  
Vorlage: V/2011/10320  
*durch Antragsteller im Ausschuss für Planungsangelegenheiten am 14.02.2012 zurückgezogen*

TOP 5.2.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09265)  
Vorlage: V/2012/10410  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

Zudem liegt ein weiterer Änderungsantrag vor:

TOP 5.2.4 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagen-Nr. V/2010/09265  
Vorlage: V/2012/10487  
*keine Beratung erforderlich, da lediglich ein Abstimmungsergebnis vorliegt*

---

TOP 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946  
Vorlage: V/2011/09530  
*durch Antragsteller im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.02.2012 zurückgezogen*

---

TOP 5.4 Verlängerungsvertrag über die Durchführung der Stadtreinigung  
Vorlage: V/2011/10353  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 5.5 Verlängerungsvertrag über die Durchführung des Winterdienstes  
Vorlage: V/2011/10354  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

TOP 6.1 gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle  
Vorlage: V/2011/10153

TOP 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle (Vorlage: V/2011/10153)  
Vorlage: V/2011/10203

*gleiche Voten in den Fachausschüssen*

---

Hinsichtlich des TOP 5.3

Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES),  
4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946

erklärte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die dazu vorliegenden Änderungsanträge aufgrund gleicher Voten abgesetzt werden können.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, widersprach den Ausführungen der Oberbürgermeisterin. Dem geänderten Änderungsantrag von Herrn Sprung zum TOP 5.3.2 wurde in den Ausschüssen zugestimmt. Somit sei dieser Bestandteil der Beschlussvorlage. Da die Vorlage der Verwaltung aber im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften abgelehnt wurde, müsse der Änderungsantrag von Herrn Sprung auf der Tagesordnung verbleiben.

Daraufhin schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, alle Änderungsanträge zum TOP 5.3 auf der Tagesordnung zu belassen, ausgenommen den zurückgezogenen Änderungsantrag zum TOP 5.3.1.

Es gab keinen Widerspruch seitens der **Hauptausschussmitglieder**.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage vorliege:

Teil-Rücknahme des Widerspruchs gegen die Haushaltsverfügung 2010  
Vorlage: V/2012/10484

Dieser wurde in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einstimmig zugestimmt. Die Einbringung der Dringlichkeitsvorlage in die heutige Hauptausschusssitzung sei aufgrund der inhaltlichen Bedeutung erfolgt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fragte, ob weiterer Klärungs- oder Behandlungsbedarf dahin gehend bestünde.

Da seitens der **Hauptausschussmitglieder** kein erneuter Beratungsbedarf zur Dringlichkeitsvorlage bestand, wurde die Dringlichkeitsvorlage nicht auf die Tagesordnung aufgenommen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf den TOP 6.2

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten  
Vorlage: V/2011/10247

und machte in dem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass in der kommenden Stadtratsitzung ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. vorliege, dass der Bereich Umwelt dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten zugeordnet werde (Vorlage: V/2012/10437).

Aufgrund dessen schlug **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** vor, den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum TOP 6.2 bis zur Beschlussfassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE. durch den Stadtrat zu vertagen. Möglicherweise wäre im Ergebnis dessen der Antrag zum TOP 6.2 hinfällig.

Es gab keinen Widerspruch seitens der **Hauptausschussmitglieder**.

---

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, merkte hinsichtlich der zur heutigen Sitzung vorgelegten Stellungnahme der Verwaltung zum TOP 6.1 und TOP 6.1.1 an, dass sich die Verwaltung auf einzelne Stadträte als Antragsteller beziehe. Dies sei nicht korrekt, da die jeweiligen Fraktionen sowohl den Antrag als auch den Änderungsantrag eingebracht haben.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat den zuständigen Beigeordneten, Herrn Stäglin, zukünftig darauf zu achten und die korrekte Bezeichnung des Antragstellers zu verwenden.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.01.2012
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 *Feststellung der Jahresrechnung 2010 und Entlastung der Oberbürgermeisterin*  
Vorlage: V/2011/10336 abgesetzt
  - 5.2 *Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*  
Vorlage: V/2010/09265 abgesetzt
  - 5.2.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/09265 - Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100*  
Vorlage: V/2011/09828 abgesetzt
  - 5.2.2 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (V/2010/09265)*  
Vorlage: V/2011/10320 zurückgezogen
  - 5.2.3 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/09265)*  
Vorlage: V/2012/10410 abgesetzt

- 5.2.4 *Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlagenr. V/2010/09265*  
*Vorlage: V/2012/10487* *abgesetzt*
- 5.3 *Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100*  
*Vorlage: V/2010/08946*
- 5.3.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100, Vorlage: V/2010/08946*  
*Vorlage: V/2011/09530* *zurückgezogen*
- 5.3.2 *Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100*  
*Vorlage: V/2011/09829*
- 5.3.3 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)*  
*Vorlage: V/2011/10322*
- 5.3.4 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)*  
*Vorlage: V/2012/10409*
- 5.4 *Verlängerungsvertrag über die Durchführung der Stadtreinigung*  
*Vorlage: V/2011/10353* *abgesetzt*
- 5.5 *Verlängerungsvertrag über die Durchführung des Winterdienstes*  
*Vorlage: V/2011/10354* *abgesetzt*
6. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 6.1 *gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle*  
*Vorlage: V/2011/10153* *abgesetzt*
- 6.1.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle (Vorlage: V/2011/10153)*  
*Vorlage: V/2011/10203* *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten*  
*Vorlage: V/2011/10247* *vertagt*
- 6.3 *Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zum Gedenktag 9. November*  
*Vorlage: V/2011/10360*

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
  - 8.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen
  - 8.2 Verfahren zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.01.2012**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 28. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 18.01.2012.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 18.01.2012.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 18.01.2012**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.3 Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946**

**zu 5.3.2 Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage:  
V/2010/08946 - Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100  
Vorlage: V/2011/09829**

**zu 5.3.3 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss Hupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)  
Vorlage: V/2011/10322**

**zu 5.3.4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)  
Vorlage: V/2012/10409**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat Herrn Beigeordneten Stäglin um Darstellung des aktuellen Sachstandes.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, erklärte, dass der Baubeschluss notwendig sei, um das Planfeststellungsverfahren zu Ende und die dringend erforderlichen Gespräche mit dem Fördermittelgeber führen zu können.

In Bezug auf die finanziellen Aspekte machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass die gesamte Vorlage auf Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) aufgebaut wurde, da mit diesem Programm des Bundes gewerbliche Investitionen für die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur gefördert werden. Dazu erfolgte zum 01.02.2012 im Land Sachsen-Anhalt eine Änderung der Förderrichtlinie in der Form, dass der Regelfördersatz nicht mehr bei 80 % liege, sondern auf 60 % festgelegt wurde. Bei Vorhaben mit landesweiter Bedeutung sei aber weiterhin eine Förderung von bis zu 80 % möglich.

Aus Sicht der Verwaltung sei die Fertigstellung der Hupterschließungsstraße Halle-Ost (HES) von landesweiter Bedeutung, so dass es wichtig wäre, die notwendigen Gespräche mit dem Land zu führen, um auch weiterhin eine GA-Förderung in Höhe von 80 % zu erhalten. Dies wäre ebenso Grundlage für die Einarbeitung der Maßnahme in die Investitionsprioritätenliste.

Hinsichtlich der inhaltlichen Aspekte stellte **Herr Beigeordneter Stäglin** dar, dass langwierige Diskussionen über die Frage einer Über- oder Unterführung stattgefunden haben. Im Ergebnis der Vorplanungen und des durch den Stadtrat geforderten hydrogeologischen Gutachtens sowie der Abwägungen verschiedener Belange, wie z. B. Verkehrswirksamkeit, städtebauliche Einordnung und finanzielle Auswirkungen, wäre eine Überführung die Vorzugsvariante.

Nach Rücksprache mit dem Bundesbauministerium sei eine Überführung auch weiterhin die kostengünstigere Variante. Dieser Punkt wäre ausschlaggebend, auch wenn eine Unterführungsvariante städtebaulich unbestritten die bessere Lösung sei. Bei einer Unterführung müsse die Stadt Halle beispielsweise die bahnbedingten Kosten in voller Höhe tragen. Diese wären nicht förderfähig.

Abschließend teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass nach Beschlussfassung des Stadtrates die Verwaltung zeitnah die entsprechenden Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium führen werde, um möglichst schnell eine Zusage zur Finanzierung und eine Kostensicherheit zu bekommen.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. In dieser wurden weitere Unterlagen, wie ein Übersichtsplan, die Zuordnung der Hauptteile nach der Arbeitsanweisung zur Kostenermittlung im Straßenbau (AKS) sowie eine Gegenüberstellung der Varianten verteilt.

Er brachte zum Ausdruck, dass anhand dieser Unterlagen ersichtlich werde, dass der Stadtrat über ein Jahr durch die Verwaltung nicht ordnungsgemäß informiert wurde, insbesondere über die tatsächliche Zuordnung der Kosten. Seines Erachtens wäre es nicht seriös, wenn eine große Eisenbahnbrücke als feststehender Kostenpunkt bei dem Vergleich der Varianten außen vor gelassen werde. Demzufolge seien auch die nachfolgende Kostenberechnung und der Variantenvergleich nicht nachhaltig.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, dass die Übersicht zur Zuordnung der Hauptteile nach der AKS verteilt werde, um die Ausführungen von Herrn Dr. Köck nachvollziehen zu können.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, machte darauf aufmerksam, dass die Kostenberechnungen mit Stand vom 16.02.2009 wären und sich bis zum heutigen Tag nicht verändert haben. Es wurde in den Ausschüssen des Öfteren nachgefragt, ob in den Berechnungen alle Kosten enthalten seien. Die Verwaltung habe dies stets bestätigt. Auch mögliche Kosten hinsichtlich der Deutschen Bahn wären enthalten.

Aus dem seitens der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Schriftverkehr mit der Deutschen Bahn ginge allerdings hervor, dass der durch die Deutsche Bahn geforderte Kostenbetrag erst im Sommer 2009 dargestellt wurde. Das bedeute, dass diese Kosten in der Berechnung der Stadtverwaltung mit Stand vom 16.02.2009 nicht enthalten sein können und somit nicht tatsächlichen Kosten dargestellt wurden.

Infolge dessen fragte **Herr Dr. Köck**, ob mit entsprechenden Mehrkosten zu rechnen wäre bzw. wo die dargestellten Kosten der Deutschen Bahn aufgeführt seien.

Des Weiteren bezog sich **Herr Dr. Köck** auf die Abgrenzung des Bauabschnittes 4 a und 4 b. Hierbei wurden seitens der Verwaltung unterschiedliche Aussagen zum Ende des Bauabschnittes 4 b getroffen. Es wäre nicht nachvollziehbar, von welchen Kosten nun ausgegangen werden solle.

Darüber hinaus wies **Herr Dr. Köck** darauf hin, dass erst nach Verlangen von Herrn Dieringer und ihm eine Übersicht zu den Teilkosten vorgelegt wurde. Hierbei bestünde allerdings weiterer Klärungsbedarf, wie z. B. hinsichtlich der unterschiedlichen Breite des Bauwerkes 11. Daraus können ebenfalls zusätzliche Kosten von bis zu 2 Mio. € entstehen. Zudem sei eine Vielzahl weiterer kleinerer Widersprüche offen, so dass die Kostenberechnung unklar erscheine.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, brachte zum Ausdruck, dass seitens der Verwaltung alle geforderten Unterlagen nachgereicht wurden. Ungeachtet dessen bestand für alle Fraktionen die Möglichkeit, im Straßen- und Tiefbauamt Akteneinsicht zu nehmen.

Weiterhin machte **Herr Beigeordneter Stäglich** darauf aufmerksam, dass für die Kostenermittlung der aktuelle Kostenrichtwertkatalog des Landesbaubetriebes Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2009 als Grundlage genommen wurde. Dieser werde aller fünf Jahre fortgeschrieben, so dass es keine Veränderungen in der Kostenberechnung geben könne und weiterhin die Zahlen aus dem Jahr 2009 gültig seien. Dies schließe Kostenerhöhungen im Ausschreibungsverfahren nicht aus; eine Prognose vorab sei hierbei aber nicht möglich.

In Bezug auf die Abschnittsbildung erklärte **Herr Beigeordneter Stäglich**, dass sich in der AKS auch Flächen befinden, welche sich räumlich im Bauabschnitt 4 b wiederfinden, wie z. B. die Überführung über die Bahnstrecke. Dies gelte im Hauptteil 1.01 als durchgehende Strecke und wäre aufgrund dessen dort berücksichtigt und kalkuliert.

**Herr Beigeordneter Stäglich** bat Herrn Heinz um Auskunft zu den Gesprächen und der Positionierung der Deutschen Bahn. Die bahnbedingten Kosten seien in der AKS kalkuliert und entsprechend vorgesehen.

**Herr Heinz, Amtsleiter Straßen- und Tiefbauamt**, führte aus, dass bereits vor der Planfeststellung umfangreiche Abstimmungen mit der Deutschen Bahn stattgefunden haben. Dabei nehme man die Leistung externer Büros in Anspruch.

Im Rahmen der Planfeststellung machte die Deutsche Bahn Einwände gegen die Maßnahme geltend, um die Kosten erforderlicher Anpassungsmaßnahmen nicht selbst tragen zu müssen. Dies wäre ein üblicher Vorgang. Hierbei ginge es im Wesentlichen um eine Linie in nördlicher Richtung beim Bauwerk 9. Die DB Regio habe bereits erklärt, auf diese Linie verzichten zu können, die Stadt Halle solle aber die Anpassung der Oberleitungen initiieren. Dies befinde sich durch das in Anspruch genommene externe Büro derzeit in Arbeit. Der bisherige Planungsstand wäre dementsprechend aktenkundig.

**Herr Heinz** brachte zum Ausdruck, dass die erforderlichen Maßnahmen und Kosten kalkuliert seien und auch entsprechend in den jeweiligen Vorlagen enthalten wären.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, kritisierte grundsätzlich das Verfahren der Verwaltung zu diesem Beschluss. In der ursprünglichen Beschlussfassung aus dem Jahr 1993 wurde die Variante einer Unterführung seitens der Verwaltung berücksichtigt. Diese Variante sei unstrittig, da sie städtebaulich die nachhaltigere und hinsichtlich des Lärmschutzes für die Bürger die bessere Wahl sei.

Die Verwaltung habe dann im Nachgang eine Überführungsvariante vorgeschlagen, da eine Unterführung zu hohe Kosten verursache. Der Stadtrat konnte dem Vorschlag der Verwaltung zu keinem Zeitpunkt zustimmen und plädierte weiterhin für eine Unterführungsvariante.

**Herr Bönisch** machte deutlich, dass an keiner Stelle der Eindruck entstanden sei, dass die Verwaltung bereit und offen dafür war, an einer möglichen Unterführungsvariante konstruktiv mitzuwirken. Es wurde von vornherein behauptet, dass eine Überführung alternativlos und die Kosten für eine Unterführung zu hoch seien und somit auch der Fördermittelgeber eine Unterführung nicht unterstütze.

Seiner Auffassung nach sollten prinzipiell langfristig wirkende Beschlüsse nicht auf einer solchen Grundlage basieren. Möglicherweise hätte der Fördermittelgeber eine kostengünstige Variante der Unterführung unterstützt, da in den Förderrichtlinien entsprechende Spielräume vorhanden seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** widersprach den Ausführungen von Herrn Bönisch. Im Zuge eines Gesprächstermins, an dem u. a. auch Herr Bönisch teilgenommen hatte, wurde ihrerseits zugesagt, eine Unterführungsvariante zu prüfen, da eine solche für die Stadt und die Bürger die bessere Lösung wäre. Insofern war die Bereitschaft der Verwaltung vorhanden.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, stimmte dem zu. Allerdings seien seitens der Verwaltung nach diesem Termin keine weiteren konstruktiven Bemühungen für eine Unterführungsvariante erfolgt. Die Verwaltung habe sich immer darauf berufen, dass bei einer Überführungsvariante für die Bürger nach Entlastungen hinsichtlich des Lärmschutzes und der Verringerung der Schallbelastung gesucht werde. Dies wurde mit einer Verschwenkung in der Trassenführung in die Planungen aufgenommen.

In dem Zusammenhang bezog sich **Herr Bönisch** auf die gestrige Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften. Dort habe Herr Beigeordneter Stäglin mitgeteilt, dass bei einer früheren Anfrage, bei der bei einer Überführungsvariante Gesamtkosten in Höhe von 14,4 Mio. € entstünden, mit Nettoszahlen gearbeitet wurde. Dies wäre in keinsten Weise nachvollziehbar. Es müssen die Bruttozahlen dargestellt werden. Zudem waren die Kosten für den Restteil der Straße in Höhe von 12,2 Mio. € ebenfalls nicht korrekt.

Anschließend ging **Herr Bönisch** auf die ausgehändigte Übersicht zur Zuordnung der Hauptteile nach der AKS ein. Hier sei unter dem BA 4 a eine Streckenlänge von insgesamt 877 m aufgeführt. Dies wäre seines Erachtens nicht korrekt, da zwei Kreuzungen zu berücksichtigen seien, so dass von einer Streckenlänge mit insgesamt 1.670 m ausgegangen werden müsse.

Ein Großteil der Stadträte, so **Herr Bönisch** weiter, könne nicht aus Überzeugung und gutem Gewissen der Vorlage der Verwaltung zustimmen, da eine Überführung nicht als die nachhaltigste Variante angesehen werde. Nach den langwierigen Diskussionen und dem Druck hinsichtlich der Fördermittelsituation bestünde aber von vielen Seiten nicht mehr die Entschlossenheit, sich weiter für eine Unterführungsvariante einzusetzen.

Darüber hinaus verwies **Herr Bönisch** auf die Kosten der anderen Bauabschnitte. Entsprechend der Planungsunterlagen seien gegenüber der Kostenberechnungen nach Fertigstellung der jeweiligen Maßnahmen Mehrkosten entstanden. Seiner Auffassung nach wäre bei rechtzeitigem Maßnahmebeginn einer Unterführungsvariante vor ca. zwei Jahren diese möglicherweise kostengünstiger als eine Überführung und eine Förderung von bis zu 90 % denkbar gewesen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass sie der Einschätzung von Herrn Bönisch in vielen Punkten nicht folgen könne. Die Stadtverwaltung habe nach entsprechender Abwägung dem Stadtrat einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Es wäre nicht zulässig, Varianten zur Abstimmung zuzulassen. Bei Einbringung von Änderungsvorschlägen werden diese geprüft und der Standpunkt der Verwaltung zu einem Für oder Wider begründet. Dieser Aufgabe sei die Verwaltung ihres Erachtens nachgekommen. Nun müsse aber endlich eine Entscheidung getroffen werden. Und das könne nur der Stadtrat.

Infolge dessen wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ausdrücklich die Aussagen zurück, dass die Verwaltung absichtlich nicht nachvollziehbares Zahlenmaterial vorgelegt habe. Die Verwaltung sei stets bemüht, die Probleme und offenen Fragen zu klären mit dem Ziel, dass der Stadtrat auf der Grundlage von schlüssigen Ausführungen eine Entscheidung treffen könne.

**Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, brachte zum Ausdruck, dass seit seinem Dienstantritt im letzten Jahr die Verwaltungsmitarbeiter und er stets bemüht waren, die erforderlichen Informationen inhaltlich aufzubereiten und dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben. Es sei nicht beabsichtigt, die Überführungsvariante zwingend durchsetzen zu wollen.

Weiterhin verwies **Herr Beigeordneter Stäglich** auf die Bemühungen der Verwaltung, um die offenen Fragen und bestehenden Probleme klären zu können:

- Erstellung eines hydrogeologischen Gutachtens
- Gründung eines Arbeitskreises unter Einbeziehung der Bürgerinitiative
- zeitnahe Abgabe und inhaltliche Aufbereitung von Stellungnahmen zu Änderungsanträgen

In Bezug auf die Sitzung des Arbeitskreises machte **Herr Beigeordneter Stäglich** deutlich, dass am Ende dieser von den beteiligten Stadträten kein weiterer Klärungsbedarf bestand und somit keine erneute Sitzung erforderlich war. Er bat darum, dass die Fraktionen und Stadträte zukünftig die Verwaltung darüber informieren, sollte weiterhin Beratungsbedarf zu einer Maßnahme bestehen.

Zudem wäre der Kostenvergleich aufgrund der verschiedenen Stadien der Planung schwierig und die Arbeit mit Daten teilweise aus der Vorplanung und teilweise aus der AKS nicht zweckmäßig.

In Anbetracht dessen unterschläge die Verwaltung hier keine Informationen, sondern setze sich mit den Änderungsvorschlägen ernsthaft auseinander. Man habe sich beim Bundesbauministerium mit dem zuständigen Gebietsreferatsleiter in Verbindung gesetzt und sich erkundigt, inwieweit eine Unterführungsvariante der HES mit dem Tunnel Alte Burg verglichen werden könne. Aufgrund der geologischen und hydrologischen sowie der Bauverhältnisse können die Kosten nicht übertragen werden. Zudem seien bei der Kostenangabe im Internet zum Tunnel Alte Burg keine Nachträge und betriebstechnischen Ausstattungen berücksichtigt, so dass die tatsächlichen Gesamtkosten pro laufenden Meter nicht erkennbar wären.

Nach heutigen Ausschreibungsbedingungen entstünde für eine vergleichbare Bestandssituation, wie beispielsweise bei der HES, ein Kostenspektrum von 22.000 bis 45.000 € pro laufenden Meter. Daraus könne abgeleitet werden, dass mit einer Kostendifferenz von ca. 14 Mio. € eine Überführungsvariante kostengünstiger sei als eine Unterführungsvariante. In Anbetracht der Haushaltssituation müsse dies berücksichtigt werden.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass seine Fraktion der Vorzugsvariante der Verwaltung zustimmen werde. Eine Unterführungsvariante sei zwar städtebaulich die bessere Lösung, allerdings müssen die Kosten und der städtische Eigenanteil aufgrund der städtischen Haushaltssituation berücksichtigt werden.

Anschließend stellte **Herr Krause** die möglichen Folgen einer Unterführungsvariante dar. Aufgrund der deutlichen Mehrkosten gegenüber der Überführungsvariante könne in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation eine erhebliche Verzögerung hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahme eintreten.

Seines Erachtens könne letzten Endes kein zufriedenstellender Beschluss für alle gefasst werden und es müsse voraussichtlich eine Überführungsvariante akzeptiert werden.

**Herr Krause** informierte darüber, dass der Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowohl dem Grundsatzbeschluss als auch dem Baubeschluss zugestimmt habe. Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung wurde hingegen der Baubeschluss mit Patt abgelehnt. Aufgrund der langwierigen Diskussionen in den Ausschüssen sollten die Diskussionen zum Abschluss gebracht werden.

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, kritisierte ebenfalls das Verfahren und warf der Verwaltung absichtliches Zurückhalten von bereits länger vorliegenden Informationen vor. Mit einem rechtzeitigen Vorlegen der Informationen wären einige Dinge auf einer soliden Grundlage kalkulierbar gewesen. Im Bauabschnitt 4 b werden erst jetzt Kosten in Höhe von 2,4 Mio. € für die Eisenbahnbrücke aufgeführt. Das bedeute, dass diese Kosten in der Vorzugsvariante fehlen und somit um diesen Betrag kostengünstiger dargestellt werde.

Anschließend wies **Herr Dr. Köck** darauf hin, dass z. B. das Bayerische Staatsministerium des Innern, Straßen- und Brückenbau, den Bau für Unterführungen mit Kosten pro laufenden Meter zwischen 10.000 bis 35.000 € realisiere. Die Unterführung unter dem Rhein bei St. Goarshausen mit einer Länge von 2.000 m habe einen Kostenpunkt von 36.000 € pro laufenden Meter. Die Stadt Halle hingegen realisiere den 4. Bauabschnitt der HES von 45.000 bis 50.000 € pro laufenden Meter.

Zudem beziehe sich die Verwaltung auf unterschiedliche Zahlen hinsichtlich der Kosten pro laufenden Meter, so dass Zweifel bestünden, dass nachhaltige Zahlen vorliegen.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, widersprach den Ausführungen von Herrn Dr. Köck und bat Herrn Wagner um Auskunft dazu.

**Herr Wagner, Leiter Ressort Planung und Brücke**, teilte mit, dass Kosten in Höhe von 31.000 € pro laufenden Meter für die Rohbaukosten kalkuliert wurden. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass entsprechende Hilfsmaßnahmen, wie z. B. eine Druckluftanlage, zu Mehrkosten führen. Diese Summen wurden auf dem untersten Level kalkuliert.

Anschließend ging **Herr Wagner** auf den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Grundsatzbeschluss HES ein. Der Vorschlag eines Tunnelvortriebes wurde seitens der Verwaltung nicht kalkuliert, da dafür eine Tunnelvortriebsmaschine beschafft werden müsse. Eine solche wäre eine Einzelanfertigung mit Kosten zwischen 10 Mio. und 15 Mio. €. Der Wiederverkaufswert sei deutlich geringer.

Hinsichtlich der Aufteilung der Kosten nannte **Herr Wagner** die Hauptteile der AKS:

- Knoten 11 bis 14
- Rad- und Gehweg
- Ersatzparkplatz
- Zufahrt Industriegelände
- durchgehende Strecke - diese befinde sich auch zwischen dem Knoten 13 und 14

**Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE.**, kritisierte, dass die Informationen zur AKS erst jetzt bekanntgegeben werden. Die Verwaltung hätte hier viel früher zur Klärung beitragen können.

**Herr Wagner, Leiter Ressort Planung und Brücke**, erklärte, dass der Abschnitt zwischen dem Knoten 13 und 14 aus dem Hauptteil heraus gerechnet werden müsse. Dies wäre erfolgt und sei in der Überführungsvariante zur Zuordnung der Hauptteile nach AKS in der Spalte „HT 1.01“, BA 4 b ersichtlich. Die darin aufgeführten 18 % wurden über die Längenangaben ermittelt. Diese belaufen sich auf 1.071 m ohne Berücksichtigung der Knoten.

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte, ob die Streckenlänge von insgesamt 1.071 m ausschließlich die geraden Straßen beinhalte. Danach würden Kosten pro Kilometer in Höhe von 7,6 Mio. € entstehen. Gehe man nur von dem ersten Teil aus, welcher zum Bauabschnitt 4 a hinzugefügt wurde, entstünden Kosten pro Kilometer in Höhe von 5,367 Mio. €.

Daraufhin habe er sich nach den allgemeinen Preisen pro Kilometer erkundigt und die Auskunft bekommen, dass z. B. für eine vierspurige Autobahn mit Randstreifen und Randbefestigung Kosten pro Kilometer in Höhe von 10 Mio. € entstünden.

Demzufolge fragte **Herr Bönisch**, ob die Verwaltung tatsächlich mit diesen Preisen kalkuliert habe.

**Herr Wagner, Leiter Ressort Planung und Brücke**, bestätigte dies.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Bönisch an und gab bekannt, dass seine Fraktion die Vorlage der Verwaltung zum Baubeschluss nicht mittragen könne. Die Fragen und Unklarheiten wurden während den stattgefundenen Sitzungen durch die Verwaltung nicht beantwortet bzw. geklärt, so dass sich die Stadträte in ihrer ehrenamtlichen Arbeit nicht ordnungsgemäß und fair begleitet sehen.

Darüber hinaus fragte **Herr Wolter**, ob die finanziellen Auswirkungen im Baubeschluss Netto- oder Bruttopreise beinhalten und ob ein weiteres Austauschblatt hinsichtlich der Haushaltszahlen vorgelegt werde, da diese bisher nicht doppisch dargestellt seien.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen**, antwortete, dass die finanziellen Auswirkungen Bruttopreise beinhalten. Zudem bedankte er sich für den Hinweis der doppischen Darstellung der Haushaltszahlen, dies werde nachgereicht.

Des Weiteren machte **Herr Beigeordneter Stäglin** deutlich, dass die Stadträte und Fraktionen auch weiterhin Einsicht in die Unterlagen zur Kalkulation der AKS im Straßen- und Tiefbauamt nehmen können. Daraus gingen z. B. auch die mit der durchgehenden Strecke verbundenen Kosten hervor, wie der Punkt Unterbau und Entwässerung mit Kosten in Höhe von 1,6 Mio. €.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, schlug aufgrund des Diskussionsverlaufes vor, bis zur kommenden Stadtratssitzung einen weiteren Beratungstermin zwischen Verwaltung und Fraktionen zur endgültigen Klärung der offenen Fragen zu vereinbaren, um in der Stadtratssitzung einen Beschluss fassen zu können. Anderenfalls sei davon auszugehen, dass auch in der Stadtratssitzung eine ähnliche Diskussion ohne abschließendes Ergebnis erfolge.

Im Zuge dessen stellte **Herr Dr. Meerheim** den Antrag, in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht über die Vorlage der Verwaltung sowie die vorliegenden Änderungsanträge abzustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** betonte, dass die Verwaltung gerne bereit sei, einen solchen Beratungstermin mit den Fraktionen wahrzunehmen. Gleichzeitig wies sie aber auch darauf hin, dass dieses Angebot seitens der Verwaltung sowie die Möglichkeit der Einsichtnahme in die entsprechenden Unterlagen jederzeit bestanden habe.

Sie bat darum, dass sich die Fraktionen hierzu untereinander verständigen und hinsichtlich eines Beratungstermins auf die Verwaltung zukommen.

Weiterhin teilte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** mit, dass sie dem Antrag von Herrn Dr. Meerheim, über die Vorlage und vorliegenden Änderungsanträge nicht abzustimmen, folgen könne.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, nannte bezogen auf die Ausführungen der Oberbürgermeisterin die Gründe, weshalb die Fraktionen in der Vergangenheit nicht immer das Angebot der Verwaltung zu Beratungsterminen wahrgenommen haben. In den Ausschusssitzungen werde man als ehrenamtlicher Stadtrat seitens der Verwaltung des Öfteren mit Fachbegriffen konfrontiert, welche erst im Nachgang an die Sitzung recherchiert werden können. Zudem sei der Zeitaufwand äußerst hoch, so dass man sich nicht jederzeit an die Verwaltung wenden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Dr. Meerheim, über die Vorlage und die vorliegenden Änderungsanträge in der heutigen Hauptausschusssitzung nicht abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich zugestimmt**

Anschließend verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** auf einen Beratungstermin. Im Ergebnis dessen wurde sich einvernehmlich darauf geeinigt, am Montag, 27.02.2012 um 08:30 im Technischen Rathaus nochmals über die Varianten des Baubeschlusses zur HES zu beraten und die offenen Fragen zu klären.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass den Fraktionen überlassen werde, wie viele Stadträte und Fraktionsmitarbeiter an dieser Beratung teilnehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5.3.2 **Änderungsantrag des Stadtrates Michael Sprung (CDU) zur Vorlage: V/2010/08946 - Baubeschluss Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis B 100**  
**Vorlage: V/2011/09829**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Mit dem Fördermittelgeber ist die Finanzierung für die schnellstmögliche Realisierung des 4. Bauabschnittes abzustimmen. Dies kann auch beinhalten, dass Teil- oder Unterabschnitte gebildet und gefördert werden.*

**Abstimmungsergebnis:** **beraten**

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der 4. Bauabschnitt der Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES) wird in zwei Abschnitten, Abschnitt 4a Delitzscher Straße bis Reideburger Landstraße und Abschnitt 4b Reideburger Landstraße bis Berliner Straße B 100 weiterbearbeitet. Abschnitt 4a wird in der vorliegenden Form zur Abstimmung gebracht. Abschnitt 4b wird nach erneuter Prüfung der Varianten erneut in die Gremien eingebracht.

---

zu 5.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlage V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2011/10322

**Beschlussvorschlag:**

*Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:*

*Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE.*

*Weiterhin beschließt der Stadtrat:*

- 1. Die Querung der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE im Zuge des Hobergweges plangleich auszubilden.*
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Planung unter Bezug auf das Verkehrspolitische Leitbild der Stadt Halle zur Berücksichtigung eines optimalen Schallschutzes gemäß DIN 18005 mit **folgenden** zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen **entsprechend Anlage 6.2** fortzuführen:*
  - **Verlängerung der Schallschutzwand (h = 2,0 m) in Richtung Delitzscher Straße um ca. 210 m***
  - **Verlängerung des Schallschutzwalles (h = 2,0 m) um ca. 200 m nach Norden in Richtung Berliner Straße***
  - **Errichtung einer Schallschutzwand (h = 1,0 bis 2,0 m) in Richtung Norden bis einschließlich Bauwerk 10 von ca. 400 m***

*Angestrebt wird, Der Beschluss zu Nr. 2 steht unter der Bedingung, dass die Schallschutzmaßnahmen unter Nutzung von Synergieeffekten aus der Kombination mit Anlagen zur Solarenergiegewinnung finanziert werden oder eine andere für den städtischen Haushalt neutrale Lösung gefunden wird. ~~Sofern dies nicht durchsetzbar ist, wird die Verwaltung beauftragt, den Baubeschluss mit den Schallschutzmaßnahmen gemäß den gesetzlichen Anforderungen umzusetzen~~*

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

---

zu 5.3.4 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Baubeschluss HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE Gewerbegebiete Halle-Ost (HES), 4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100 (Vorlagen-Nr.: V/2010/08946)**  
Vorlage: V/2012/10409

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der 1. Satz in der Vorlage wird wie folgt geändert:*

*Der Stadtrat beschließt die weitere Planung **auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses V/2010/09265 vom 25.01.2012 29.02.2012** und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTERSCHLIEßUNGSSTRAßE **gemäß der Planfeststellung.***

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

---

**zu 5.3 Baubeschluss HAUPTerschließungsstraße Gewerbegebiete Halle-Ost (HES),  
4. Bauabschnitt Delitzscher Straße bis Berliner Straße B 100  
Vorlage: V/2010/08946**

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTerschließungsstraße.*

*Weiterhin beschließt der Stadtrat:*

- 1. Die Querung der HAUPTerschließungsstraße im Zuge des Hobergweges plangleich auszubilden.*
- 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Planung unter Bezug auf das Verkehrspolitische Leitbild der Stadt Halle zur Berücksichtigung eines optimalen Schallschutzes gemäß DIN 18005 mit zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen fortzuführen.*
- 3. Der Beschluss zu Nr. 2 steht unter der Bedingung, dass die Schallschutzmaßnahmen unter Nutzung von Synergieeffekten aus der Kombination mit Anlagen zur Solarenergiegewinnung finanziert werden oder eine andere für den städtischen Haushalt neutrale Lösung gefunden wird. Sofern dies nicht durchsetzbar ist, wird die Verwaltung beauftragt, den Baubeschluss mit den Schallschutzmaßnahmen gemäß den gesetzlichen Anforderungen umzusetzen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**beraten**

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat beschließt die weitere Planung und die Bauausführung des 4. Bauabschnittes der HAUPTerschließungsstraße.

Weiterhin beschließt der Stadtrat:

1. Die Querung der HAUPTerschließungsstraße im Zuge des Hobergweges plangleich auszubilden.
2. Die Realisierung der ergänzenden Schallschutzmaßnahmen.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 6.3 Antrag der Stadträtinnen Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Hanna Haupt (SPD) zum ~~Gedenktag 9. November~~ zu Gedenktagen  
Vorlage: V/2011/10360**

---

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und Frau Haupt, SPD-Fraktion,** erläuterten die Hintergründe für die Einbringung ihres Antrages. Aufgrund stattgefundener Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit an Gedenktagen, wie z. B. dem 9. November, war es ihnen nicht möglich, an den jeweiligen Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Dies wurde ihnen auch von anderen Stadträten signalisiert.

Beispielsweise konnten die Gedenkveranstaltungen am 27. Januar 2012 zum Holocaust-Tag aufgrund einer Ausschusssitzung ebenfalls nicht oder nur teilweise wahrgenommen werden.

Mit dem Antrag soll gewährleistet werden, dass die Stadträte an einem solch historisch bedeutungsvollen Tag, wie dem 9. November, an den Gedenkveranstaltungen teilnehmen können.

Eine Erweiterung des Antrages hinsichtlich der Berücksichtigung weiterer Gedenktage, wie von Herrn Paulsen in der Stadtratssitzung am 25.01.2012 vorgeschlagen, sei nicht beabsichtigt.

**Frau Haupt, SPD-Fraktion**, erklärte zudem die geschichtlichen Hintergründe des 9. November. Insofern sollte der Stadtrat ein klares Bekenntnis äußern, dass an diesem Tag keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr stattfinden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass es wichtig sei, diese Gedenkveranstaltungen und Erinnerungskultur beizubehalten. Sie könne das Anliegen nachvollziehen und würde eine Zustimmung begrüßen. Allerdings obliege ein solcher Beschluss einzig dem Stadtrat.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte an seine Ausführungen in der Stadtratssitzung vom 25.01.2012 zu diesem Antrag. Er habe darauf hingewiesen, dass dieser für die derzeitige Wahlperiode keine Auswirkungen hätte, da der 9. November in diesem Jahr auf einen Freitag und die Jahre darauf auf einen Samstag und Sonntag falle.

Infolge dessen schlug **Herr Paulsen** vor, den Antrag zu erweitern und den 27. Januar und 17. Juni hierbei zu berücksichtigen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass sie dem Vorschlag von Herrn Paulsen zustimmen könne, da diese Gedenktage äußerst bedeutend seien.

**Frau Haupt, SPD-Fraktion**, gab bekannt, dass die Antragsteller den Vorschlag von Herrn Paulsen übernehmen und den Antrag um den 27. Januar und 17. Juni erweitern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung des Antrages.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dass ~~am 9. November~~ **an den folgenden Gedenktagen** generell keine Sitzungen im Rahmen der Stadtratsarbeit ab 16:00 Uhr geplant werden:*

- **27. Januar**
- **17. Juni**
- **9. November**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

## **zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

## **zu 8      Mitteilungen**

### **zu 8.1    Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erinnerte an ihre Ausführungen in der letzten Stadtratssitzung zu dieser Thematik, dass die Baumaßnahmen abgeschlossen seien und die Verwaltung derzeit bei der Zusammenstellung der Verwendungsnachweise wäre.

Über die zur heutigen Sitzung vorgelegte Übersicht zum Stand der Verwendungsnachweisprüfung zu den Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II werde zukünftig ausschließlich im Hauptausschuss informiert.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

### **zu 8.2    Verfahren zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2012/13**

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass entsprechend der Diskussionen in der letzten Stadtratssitzung seitens des Rechtsamtes das Verfahren zum o. g. Widerspruch nochmals geprüft wurde.

Der Widerspruch zur Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung richte sich ausschließlich gegen den abgelehnten Beschlusspunkt des Stadtrates zur Schließung der Förderschule Jägerplatz.

Aufgrund der durchgeführten Einzelabstimmung der Beschlusspunkte in der Stadtratssitzung im Dezember 2011 wurde die Vorlage zum Widerspruch dahin gehend geändert, dass ausschließlich über den Beschlusspunkt 1.6 zur Schließung der Förderschule Jägerplatz in der kommenden Stadtratssitzung wie folgt erneut abgestimmt werden müsse:

- 1.6: Der Stadtrat stimmt zu, die Förderschule Jägerplatz zum 31.07.2012 zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, im Rahmen der erforderlichen Schulwechsel mit der Schulbehörde unter Berücksichtigung der Schüler- und Elternwünsche eine Einweisung in die gewünschten Förderschulen abzustimmen.

Des Weiteren machte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf aufmerksam, dass entsprechend der Anordnung des Landesverwaltungsamtes die Schließung der Förderschule Jägerplatz zu erfolgen habe. Sollte der Stadtrat dieser in der kommenden Stadtratssitzung erneut nicht zustimmen, werde das Landesverwaltungsamt über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses entscheiden.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Kley, Frau Nagel, Herr Paulsen, Herr Krause** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Seitens der **Hauptausschussmitglieder** wurde deutlich gemacht, dass sie die geänderte Vorlage zum Widerspruch rechtlich nicht nachvollziehen können. Die Oberbürgermeisterin habe aus finanziellen Gründen gegen die gesamte Schulentwicklungsplanung Widerspruch eingelegt. Aus diesem Grund könne im Nachgang das Verfahren nicht geändert und nur noch ein Punkt aufgeführt werden.

Des Weiteren sei neben der Einzelabstimmung der Beschlusspunkte in der Stadtratssitzung im Dezember 2011 auch eine Abstimmung über die gesamte Vorlage erfolgt, so dass es nicht möglich sei, nur gegen einen einzelnen Beschlusspunkt Widerspruch einzulegen.

Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass der Beschlusspunkt 1.6 der Vorlage der Verwaltung zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung mehrere Unterpunkte enthalte und nicht nur die Schließung der Förderschule Jägerplatz. Infolge dessen sei die geänderte Vorlage zum Widerspruch unklar.

Darüber hinaus enthalte der Beschluss weitere Punkte, die im Gegensatz zur ursprünglichen Vorlage der Verwaltung zu Mehrausgaben führen und bei denen nun der Widerspruch zurückgezogen werden soll, wie z. B. Neueinrichtung eines Schulstandortes oder die abgelehnten Punkte zur Aufhebung der Förderschule Makarenkoschule als eigenständiger Schulstandort und Fusion mit der Förderschule Fröbelschule.

Demzufolge müsse entsprechend der üblichen Verfahrensweise über die zur Stadtratssitzung im Dezember 2011 durch die Verwaltung eingereichte gesamte Vorlage erneut abgestimmt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erläuterte das Verfahren. Nach dem Beschluss des Stadtrates in seiner Sitzung am 14.12.2011 habe sie fristwährend gegen den gesamten Beschluss Widerspruch eingelegt. Im Nachgang dazu sei sie berechtigt, Teile des Widerspruchs zurückzuziehen, ohne an eine Frist gebunden zu sein.

In Anbetracht dessen erhalte sie den Widerspruch ausschließlich zum Punkt 1.6 zur Schließung der Förderschule Jägerplatz aufrecht. Den Widerspruch zu den übrigen Beschlusspunkten ziehe sie zurück. Darauf sei auch in der geänderten Vorlage hingewiesen.

Anschließend brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass bei der Abstimmung in den Stadtratssitzungen zu einzelnen Vorlagen bzw. Anträgen nicht immer korrekt verfahren wurde. Nach Prüfung des Rechtsamtes sei es möglich, entweder über eine Vorlage oder einen Antrag insgesamt oder über die Beschlusspunkte getrennt abzustimmen. Im Fall des zuletzt genannten erfolge nach der getrennten Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte keine Abstimmung zur gesamten Vorlage.

Insofern wäre der Widerspruch zu einem einzelnen Punkt rechtmäßig.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, den Stadträten die Prüfung des Rechtsamtes zum Abstimmungsverfahren zukommen zu lassen.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, merkte an, dass mit Widersprüchen der Oberbürgermeisterin bisher unterschiedlich verfahren wurde und bat darum, zukünftig ein einheitliches Verfahren dahin gehend anzuwenden.

Des Weiteren bat **Herr Kley** darum, dass die Stadträte ordnungsgemäß darüber informiert werden, dass die Oberbürgermeisterin ihren Widerspruch teilweise zurückgezogen habe einschließlich einer Begründung. Dies wäre im Beschlussvorschlag zur geänderten Vorlage zum Widerspruch nicht enthalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** widersprach den Ausführungen von Herrn Kley hinsichtlich eines ungleichen Verfahrens. Entsprechend der Vorgabe des Landesverwaltungsamtes soll die Förderschule Jägerplatz zum 31.07.2012 geschlossen werden. Bei den anderen Beschlusspunkten, welche durch den Stadtrat abgelehnt wurden, bestünde diese Dringlichkeit nicht. Hier könne in den nächsten Jahren nochmals über eine Umsetzung dessen nachgedacht werden.

Aus diesem Grund werde sie ausschließlich zu dem Punkt zur Schließung der Förderschule Jägerplatz ihren Widerspruch aufrechterhalten.

In Bezug auf die zweite Bitte sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, den Fraktionen bis zum Freitag, 24.02.2012 ein Schreiben zukommen zu lassen, welche Punkte des Widerspruchs zurückgezogen wurden einschließlich einer Begründung.

**Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE.**, regte an, zusätzlich den gesamten Beschlusspunkt 1.6 einschließlich der Abstimmungsergebnisse des Stadtrates beizufügen. Ihres Erachtens beinhalte dieser mehrere Unterpunkte und nicht ausschließlich die Schließung der Förderschule Jägerplatz.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, bat im Zuge dessen um eine Erklärung in dem seitens der Oberbürgermeisterin zugesagten Schreiben, zu welchem Sachverhalten des Beschlusspunktes 1.6 der Widerspruch zurückgezogen wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte dies zu.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der Verfahrensweise mit den in der Stadtratssitzung im Dezember 2011 zugestimmten Änderungsanträgen zur Schulentwicklungsplanung. Diese seien Bestandteil des Beschlusses und somit auch des Widerspruchs der Oberbürgermeisterin gewesen.

Darüber hinaus stimmte **Herr Paulsen** den Ausführungen der Oberbürgermeisterin hinsichtlich des Abstimmungsverfahrens zu Vorlagen und Anträgen zu. Bei einer getrennten Abstimmung der Beschlusspunkte erfolge im Nachgang keine Abstimmung zur Vorlage insgesamt. Bei der Abstimmung zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wurde nicht korrekt verfahren.

Insofern sollte eine klare und einheitliche Verfahrensweise bei der Behandlung von Widersprüchen der Oberbürgermeisterin sowie zu den Abstimmungen im Stadtrat gefunden werden. Er bat darum, dies in einem Arbeitskreis zu diskutieren oder um eine schriftliche Darstellung der Verwaltung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte hinsichtlich der Frage von Herrn Paulsen eine Prüfung zu, ob die Änderungsanträge durch die Antragsteller erneut eingebracht oder zwangsläufig vorgelegt werden müssen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Sitzung des Bildungsausschusses, in der darum gebeten wurde, den Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt im Zuge des Schreibens des Landesschulamtes zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung spätestens bis zur heutigen Hauptausschusssitzung zur Verfügung zu stellen. Dies wäre nicht erfolgt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte darüber, dass die Verwaltung nach Abschluss der Diskussionen zu diesem Tagesordnungspunkt darauf eingehe und entsprechende Unterlagen den Hauptausschussmitgliedern aushändige.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf den Schriftverkehr der Stadt Halle mit dem Landesverwaltungsamt hinsichtlich der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung und bat um Verteilung der entsprechenden Unterlagen durch die Geschäftsstelle Stadtrat.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erläuterten anhand der vorliegenden Unterlagen, dass seitens der Stadt Halle nicht um die Genehmigung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung gebeten, sondern lediglich der Verfahrensstand mitgeteilt wurde.

In der anschließenden Diskussion konnten die von **Herrn Wolter** bestehenden Unklarheiten und Fragen zum Schriftverkehr durch die **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** aufgeklärt und beantwortet werden.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Aushändigung der Mitteilung von Herrn Bürgermeister Geier zur Vergütung der 2004 bis 2007 geleisteten Mehrarbeit im Amt 37. Diese Thematik wurde im Rechnungsprüfungsausschuss am 01.02.2012 bereits behandelt.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über die am 14.02.2012 stattgefundene Kabinettsitzung der Landesregierung in der Stadt Halle. In dem Zusammenhang wurde seitens des Ministerpräsidenten eine Konsolidierungspartnerschaft vorgeschlagen, dass die Stadtverwaltung Halle gemeinsam mit dem Landesverwaltungsamt eine Arbeitsgruppe bilde, um die Haushaltskonsolidierung in der Stadt Halle voranzubringen. Dieses Angebot habe sie dankend angenommen. Das Landesverwaltungsamt werde einen konkreten Vorschlag dazu unterbreiten.

Darüber hinaus wurde seitens der Stadt Halle die Unterschriftenliste zur Resolution Weiterführung der A 143 übergeben. Ungeachtet dessen sei es weiterhin möglich, vor allem auch auf elektronischem Wege, Unterschriften für die Weiterführung der A 143 zu leisten bzw. Willensbekundungen zu äußern. Sie wäre erfreut darüber, wenn die Stadträte und die Bevölkerung dies weiterhin wahrnehmen und eine Vielzahl von Willensbekundungen bei der Stadtverwaltung eingingen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über das in der vergangenen Woche stattgefundenene Forum zur Reform des Strafvollzuges in der Strafvollzugsanstalt Halle mit der Justizministerin sowie dem Staatssekretär des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung. Dabei wurden die vorgesehenen Pläne der Landesregierung vorgestellt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies darauf hin, dass sie in einem Schreiben an Herrn Staatssekretär Schmidt-Elsaeßer darauf aufmerksam gemacht habe, dass bei Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen vorab eine Änderung des Flächennutzungsplanes Frohe Zukunft sowie die Aufstellung eines Bebauungsplanes notwendig seien. Im Zuge dessen werde der Stadtrat einbezogen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** nahm Bezug auf die Zuständigkeit der durchzuführenden Kontrollen in der Umweltzone. Hierzu sei ein Schreiben an das Ministerium des Innern ergangen, dass für die Stadt Halle keine Rechtsgrundlage bestünde, Kontrollen in der Umweltzone vorzunehmen. Die Stadt Magdeburg und der Städte- und Gemeindebund wären derselben Auffassung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass sie das Schreiben der Stadtverwaltung an das Ministerium des Innern den Fraktionen zukommen lasse. Eine Antwort habe sie bisher nicht erhalten.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte mit, dass sie das Ruhen der beiden Widerspruchsverfahren zum FAG für die Jahre 2010 und 2011 entsprechend der Information in der Stadtratssitzung im Dezember 2011 zurückgezogen habe. Eine Entscheidung des Landesverwaltungsamtes über die Widersprüche habe sie bisher nicht erhalten.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte über einen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistische Gewalt am 23.02.2012 im Konzerthaus am Gendarmenmarkt in Berlin.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag rufen dazu auf, am 23.02.2012 um 12:00 Uhr mit einer Schweigeminute der Opfer rechtsextremistischer Gewalt zu gedenken. Damit soll auch von Seiten der Bevölkerung ein Signal für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit gesetzt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass sie diesen Aufruf unterstütze und davon ausgehe, dass der Aufruf durch die Stadträte ebenfalls mitgetragen werde. Die Bürger der Stadt Halle habe sie bereits darum gebeten, sich an der Schweigeminute zu beteiligen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, fragte nach dem Sachstand Umzug der Fraktionen in das Stadthaus. Im Zuge dessen merkte er an, dass es nicht ausreichend sei, die Räumlichkeiten für die Fraktionen fertigzustellen, sondern auch beispielsweise der Eingangsbereich entsprechend gestaltet sein müsse.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass sie von Herrn Beigeordneten Neumann darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Voraussetzungen für den Umzug geschaffen seien und dies den Fraktionen im Januar auch mitgeteilt wurde.

Sie sagte zu, dass sich Herr Beigeordneter Neumann zeitnah nochmals an die Fraktionsgeschäftsstellen wenden werde, um die offenen Probleme klären und dazu in der kommenden Stadtratssitzung Auskunft geben zu können.

In der anschließenden Diskussion machten **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, deutlich, dass dem Eigenbetrieb ZGM bekannt sei, welche Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe bisher keine Räumlichkeiten. Für die Fraktion DIE LINKE. stünde kein Beratungsraum zur Verfügung. Zudem wäre es sinnvoll, wenn die Fraktionen gleichzeitig umziehen und nicht zu unterschiedlichen Zeitpunkten.

**Herr Wolter** merkte an, dass seines Erachtens in einer Fraktionsvorsitzendenrunde über die Realisierung des Umzuges gesprochen werde sollte.

**Herr Dr. Meerheim** wies darauf hin, dass der Umzug seiner Fraktion erst dann erfolge, wenn die Beratungsräume fertiggestellt seien.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, sich bei Herrn Beigeordneten Neumann nochmals dahin gehend zu erkundigen. Anschließend werde Herr Neumann auf die Fraktionsvorsitzenden zukommen.

---

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die kommende Stadtratssitzung und das U 21 Fußball EM-Qualifikationsspiele Deutschland – Griechenland am 29.02.2012 in der Stadt Halle. Die Tagesordnung der Stadtratssitzung sei so umfangreich, dass er nicht davon ausgehe, dass die Sitzung um 18:00 Uhr beendet sei.

Demzufolge fragte **Herr Bartl** nach der Verfahrensweise mit der Tagesordnung, um das EM-Qualifikationsspiel besuchen zu können.

An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Frau Ewert, Herr Wolter, Herr Kley, Herr Krause** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, teilte mit, dass seines Erachtens die Stadtratssitzung nur abgebrochen werden könne, wenn die Mehrheit der Stadtratsmitglieder die Sitzung um 18:00 Uhr verlasse und somit keine Beschlussfähigkeit mehr gegeben sei.

**Herr Kley, FDP-Fraktion**, schloss sich den Ausführungen von Herrn Wolter an. Es könne vorerst abgewartet werden, wie viele Stadtratsmitglieder das Fußballspiel besuchen wollen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erinnerte daran, dass sie in der letzten Stadtratssitzung über das Fußball EM-Qualifikationsspiel informiert habe und in Anbetracht dessen die Stadtratssitzung am 29.02.2012 um 18:00 Uhr beendet sein sollte.

Darüber hinaus brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass es bei dem Fußball EM-Qualifikationsspiel nicht in erster Linie um das Interesse an der Sportart ginge. In der Stadt Halle finde ein Länderspiel statt, welches überregionale Wirkung habe und bei dem beispielsweise auch der Ministerpräsident anwesend sei. Der Stadtrat und sie als Oberbürgermeisterin sollten ebenfalls anwesend sein.

Den Ausführungen von Herrn Wolter konnte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** aufgrund der damit verbundenen Außenwirksamkeit nicht zustimmen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** schlug vor, die Tagesordnungspunkte „Anträge von Fraktionen und Stadträten“ sowie „schriftliche Anfragen von Stadträten“ von vornherein auf die Stadtratssitzung im März zu vertagen. Sie wäre bereit zum Tagesordnungspunkt „Feststellung der Tagesordnung“ einen entsprechenden Antrag auf Vertagung einzubringen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, wie die Verwaltung im Falle der Vertagung der Anträge und schriftlichen Anfragen mit der Beantwortung der schriftlichen Anfragen verfahren werde. Hierbei ginge es ihr insbesondere um ihre Anfrage zur Neubesetzung einer Amtsleiterstelle.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, dass die Beantwortung der schriftlichen Anfragen dennoch erfolge.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herr Bartl** in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzender baten darum, dass sich die Fraktionen dazu verständigen, so dass in der Stadtratssitzung keine umfängliche Diskussion dahin gehend geführt werde.

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, erinnerte an eine frühere Anfrage seiner Fraktion, ob die sachkundigen Einwohner für ihren jeweiligen Ausschuss einen Zugriff für das Ratsinformationssystem Session erhalten können, um den Zugang zu den erforderlichen Unterlagen zu gewährleisten. Er fragte inwieweit hierzu eine Umsetzung erfolgte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Klärung zu. Ihres Erachtens müssen die sachkundigen Einwohner auf ihre Ausschüsse über das Ratsinformationssystem Session Zugriff haben.

---

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, fragte nach dem Sachstand zur Wiederbesetzung der Stelle des Amtsarztes und den Gründen zur Aufhebung des Bewerbungsverfahrens.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass nicht die Stelle eines Amtsarztes ausgeschrieben worden sei, sondern der Leiter/die Leiterin des Amtes für Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen. Somit sei die Fokussierung auf die Qualifikation Arzt eine ungerechtfertigte Einschränkung von Personengruppen. Hierbei werde ein Leiter/eine Leiterin für das Amt für Gesundheit, Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen gesucht, welche nicht zwangsläufig mit einem Arzt zu besetzen sei.

Es müsse lediglich sichergestellt sein, dass in der unteren Gesundheitsbehörde mindestens eine Person tätig sei, die die Anerkennung als Arzt für das Öffentliche Gesundheitswesen besitze. Weiterhin müsse für die Sicherung der Aufgaben des Veterinärwesens mindestens eine Person mit einer entsprechenden Befähigung tätig sein.

Aus vorgenannten Gründen wurde die Ausschreibung aufgehoben. Eine neue Ausschreibung sei derzeit in Vorbereitung. Diese werde vorerst intern ausgeschrieben. Sollte kein geeigneter Bewerber gefunden werden, erfolge eine externe Ausschreibung.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bezog sich auf die Mitteilung zur Vergütung der 2004 bis 2007 geleisteten Mehrarbeit im Amt 37. Da der vorgenommene Vergleich aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes eine rechtliche Entscheidung darstelle, müsse seines Erachtens dem Stadtrat der Vergleich zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Er bat um Prüfung dessen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine Prüfung zu.

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, ging auf die Anfrage von Herrn Dr. Meerheim zum Zugriff auf das Ratsinformationssystem „Session“ für die sachkundigen Einwohner ein. Diese haben u. a. auch keinen Zugriff auf die notwendigen Unterlagen für die Haushaltsberatungen, wie z. B. Produktinformationen und Kürzungsvorschläge. Er bat darum, dass den sachkundigen Einwohnern die Unterlagen zum Haushaltsplanentwurf zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Bürgermeister Geier** sagte dies zu.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf den gemeinsamen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration. Dieser wurde im Februar im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss behandelt. Er fragte, weshalb dieser im Februar nicht auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und des Stadtrates aufgenommen wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung**, erklärten, dass die Beratungen in den jeweiligen Ausschüssen abgeschlossen sein müssen; danach erfolge die Aufnahme auf die Tagesordnung im Hauptausschuss und Stadtrat. Zum Zeitpunkt der Beratung im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss war jedoch die Einladung für die Hauptausschusssitzung bereits versandt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** merkte an, dass der Antrag im März auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und Stadtrates gesetzt werde.

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, widersprach den Ausführungen der Verwaltung. Es werde grundsätzlich die Behandlung der Vorlagen und Anträge innerhalb eines Monats festgelegt. Sollte das Abstimmungsergebnis eines Ausschusses nicht vorliegen, werde die Vorlage oder der Antrag im Hauptausschuss und Stadtrat abgesetzt und in der darauffolgenden Sitzung behandelt.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, teilte mit, dass die Mitglieder des Lenkungsausschusses Personal eine Einladung für eine Sitzung am 28.02.2012 erhalten haben. Allerdings seien darin keine Informationen über die vorgesehenen Beratungsgegenstände enthalten. Er fragte, wann diese den Mitgliedern des Lenkungsausschusses zugehen.

**Herr Bürgermeister Geier** wies darauf hin, dass am morgigen Tag die vorgesehenen Beratungsgegenstände endgültig geklärt seien und danach den Mitgliedern des Lenkungsausschusses umgehend zugehen.

---

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf einen gemeinsamen Antrag seiner Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen für die Sitzung des Bildungsausschusses am 06.03.2012. Die Einladung einschließlich der Unterlagen wurde bereits versandt, der Antrag stünde allerdings nicht auf der Tagesordnung, obwohl dieser fristgerecht über das Ratsinformationssystem „Session“ eingereicht wurde.

Infolge dessen fragte **Herr Paulsen** nach den Gründen und nach der weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag.

Im Ergebnis der Diskussion stellte sich heraus, dass der Verwaltung ein Fehler unterlaufen sei. Im Zuge dessen sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zu, dass der Antrag nachträglich noch auf die Tagesordnung für die Sitzung des Bildungsausschusses am 06.03.2012 aufgenommen werde.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 29. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

Anja Schneider  
stellv. Protokollführerin